

Situation an den Sonderschulen sorgt für Unmut

Region/St. Gallen Die Buchser FDP-Kantonsrätin Katrin Frick hat zusammen mit den Ratsmitgliedern Sandro Hess (Mitte), Jannette Losa (Grüne) und Guido Etterlin in der Kantonsratssession am Montag eine dringliche Interpellation «zur zunehmend schwierigen Situation in den St. Galler Sonderschulen» eingereicht. Darin möchten die Politikerinnen und Politiker von der Regierung wissen, ob sie Kenntnis habe «vom hohen Leidensdruck in zahlreichen Sonderschulen» und wie sie diesen beurteile bzw. diesem begegne. Eine weitere Frage lautet: «Ist die Regierung bereit, in ihrer Gesamtheit eine Delegation von Schulträgern, Sonderschulträgern und Schulpsychologischem Dienst zu einem runden Tisch zu empfangen und sich damit ein umfassendes Bild über die Situation zu machen?»

Der Rückzug habe viele Beteiligte erstaunt

Konkret geht es um einen Nachtrag zum Volksschulgesetz VSG vom Juni 2021. Die deutliche Zustimmung des Parlaments kontrastierte damals mit dem Widerstand gegen die Vorlage, den das Bildungsdepartement (BLD) geleistet habe. Auslöser für diese Gesetzesanpassung war die massive zahlenmässige Beschränkung von wichtigen Sonderschulplätzen im Kanton durch das kantonale Sonderpädagogikkonzept. So weit, so gut. «Zum Erstaunen aller Beteiligten» schlug die Regierung auf Antrag des BLD im Haushaltgleichgewicht 2022plus vor, den Nachtrag zum VSG wieder rückgängig zu machen, heisst es im politischen Vorstoss.

Die Situation scheine «ausser Rand und Band»

Die Erfahrungen im Nachgang führen nun offenbar zu Unmut. Von den Schulträgern und aus den Sonderschulen häufen sich Klagen, dass das BLD notwendige zusätzliche Sonderschulplätze nicht bewilligt und lediglich Hand bietet für teure und unpassende (temporäre) Mietlösungen, so die Buchser Kantonsrätin und ihre Ratsmitglieder. Das BLD sei zudem im Rückstand mit dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den Sonderschulen. Das sei für diese problematisch, und es sei für deren Betrieb schwierig und ineffizient, mit solchen Provisorien operieren zu müssen. «Die Sonderschulen benötigen dringend mehr Unterstützung statt formaljuristischer Belehrungen durch die zuständigen kantonalen Stellen», heisst es in der Interpellation unmissverständlich.

Bereits vor einem Jahr schlug die Heilpädagogische Schule in Heerbrugg Alarm wegen der «unhaltbaren Beschränkungen durch das BLD». Auf diesen Sommer scheine die Situation «ausser Rand und Band zu geraten», heisst es im Vorstoss weiter. Bei einer Vielzahl von Sonderschulen hätten sich die Klagen zuletzt gehäuft. (ab)

«Eine sozialpolitische Bombe»

Die Caritas befürchtet aufgrund steigender Inflation und Energiepreise deutlich mehr Armut im Kanton St. Gallen.

Armando Bianco

Region Lorenz Bertsch ist besorgt. In den letzten Wochen haben auffällig viele Menschen bei der Caritas-Regionalstelle in Sargans um Rat gesucht. Steigende Preise für Lebensmittel, Energie und andere Dinge bringen sie, die bereits am Existenzminimum leben, weiter unter Druck. «Vielen ist es gar nicht möglich, noch irgendwo Geld einzusparen. Denn sie leben bereits extrem sparsam», sagt der Bereichsleiter Sozial- und Schuldenberatung. Ein Polster hätten seine Klienten sowie nicht. «200 Franken Mehrkosten in einem Monat liegen in den allermeisten Fällen gar nicht drin.»

Elektrische Heizung und ein Job im Schichtbetrieb

Wer in bescheidenen Verhältnissen lebt und beispielsweise elek-



Angetrieben von steigenden Preisen, suchen immer mehr Menschen Hilfe: Schuldenberatung bei der Caritas.

Bild: Sandra Ardizzone

«200 Franken mehr liegen in den meisten Fällen nicht drin.»



Lorenz Bertsch
Bereichsleiter Caritas

trisch heizen muss, wird spätestens im nächsten Frühling bei der Nebenkostenabrechnung ein grosses Problem haben. Hinzu kommt: Gerade im Bereich der Working-Poor arbeiten viele Menschen in der Industrie, sie müssen dann zur Schichtarbeit erscheinen, wenn noch keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren. Also sind sie auf das Auto angewiesen. Die höheren Benzinpreise belasten die finanzielle Situation zusätzlich.

Lorenz Bertsch warnt: «Die Kumulation verschiedener Effekte ist aus meiner Sicht eine

sozialpolitische Bombe. Die Politik muss sich dringend etwas einfallen lassen, sonst werden sich noch mehr Menschen in der Schweiz verschulden und in die Armut abrutschen.»

Dass das Thema bereits im Fokus steht, haben die letzten beiden Tage im Kantonsrat gezeigt, wo sich politische Vorstösse und Diskussionen um die steigenden Kosten und Belastungen für die Bevölkerung gedreht haben. Aus Gesprächen in den Regionen Sarganserland, Werdenberg und Rheintal weiss Lorenz Bertsch, dass die Zeit

drängt. «Und leider wird sich die Situation wohl nicht so schnell entspannen.»

50 bis 70 Franken lassen sich noch herausquetschen

Die Caritas sucht mit ihrer Budget- und Finanzplanung bei der Klientel nach Einsparmöglichkeiten. «50 bis 70 Franken lassen sich manchmal da und dort noch herausquetschen», sagt der Leiter der Caritas in Sargans. «Schwierig wird es aber beispielsweise bei einer fünfköpfigen Familie, die nur 4000 Franken verdient.»

Inflation bei 3,5 Prozent

Die Inflation in der Schweiz ist im August gemäss dem Bundesamt für Statistik auf 3,5 Prozent (im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen) – von 3,4 Prozent im Juli. Die Jahresteuern sind seit Februar kontinuierlich und deutlich angestiegen. Der Index misst die Preisentwicklung für die privaten Haushalte bedeutsamen Waren und Dienstleistungen anhand des Warenkorb. (ab)

SP-Fraktion sorgt sich um das Spital Grabs

Region/St. Gallen In der gestrigen Kantonsratsdebatte hat die SP-Fraktion eine Interpellation mit dem Titel «Fachkräftemangel am KSSG trotz Spitalschliessungen – droht in Grabs dasselbe Problem?» eingereicht. Darin machen sich die Politikerinnen und Politiker Gedanken zu Arbeitskräften und Spitalstandorten.

In dem politischen Vorstoss heisst es, dass derzeit viele Schweizer Spitäler nicht über genügend Fachkräfte verfügen würden, um alle Betten betreiben zu können. Davon seien auch die St. Galler Spitalverbunde betroffen. Am Kantonsspital St. Gallen (KSSG) konnten im Mai wegen Personalmangel 66 Betten nicht betrieben werden. Das hat die Kantonsregierung kürzlich in einer Antwort auf eine andere Interpellation dargelegt.

Die SP-Fraktion ist vom Fachkräftemangel insofern erstaunt, als dass durch die Schliessung der Spitalstandorte Rorschach und Flawil vermeintlich

Fachpersonal für das KSSG hätte gewonnen werden können.

Hat fehlendes Personal Einfluss auf Bettenausbau?

An diesem Punkt knüpft der Inhalt an die Fragestellung ein-

gangs an. «Am Standort Grabs kann sich bei der Schliessung des Spitals Altstätten die gleiche Problematik ergeben. Bei fehlendem Fachpersonal könnte der geplante Bettenausbau gar nicht betrieben werden», hält die SP-Fraktion fest. An die Kan-

tonsregierung gewandt, werden mehrere Fragen formuliert.

Man will wissen, was unterommen wird, damit sich bei der geplanten Schliessung des Spitals Altstätten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine Anstellung in Grabs oder an einem

anderen St. Galler Spitalstandort entscheiden. Eine weitere Frage lautet: «Wie hoch ist der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach der Schliessung der Spitalstandorte Rorschach, Flawil und Wattwil vom KSSG oder einem anderen Standort der St. Galler Spitalverbunde übernommen werden konnten?» Auch erkundigt sich die Fraktion nach den Gründen, weshalb es dem KSSG nicht gelungen sei, genügend Fachkräfte von Rorschach und Flawil zu übernehmen, und was die Spitalstrategie diesbezüglich vorgesehen hat.

Frage zur Schliessung des Spitals in Altstätten

Zu guter Letzt möchte die SP-Fraktion von der Regierung auch wissen, ob man angesichts der bisherigen Erfahrungen mit Schliessungen von Spitalstandorten noch immer der Meinung sei, dass die Schliessung des Standorts Altstätten richtig gewesen sei. (ab)



Mehr Betten braucht mehr Personal: In der kantonalen SP-Fraktion gibt es Fragen zum künftigen Spitalbetrieb am Standort Grabs.

Bild: Armando Bianco